

Vor Zwangsheirat geflüchtet



Angst vor Terror und der drohenden Zwangsheirat hat vier somalische Minderjährige dazu getrieben, die Flucht aus ihrer Heimat zu ergreifen. Die Jugendlichen im Alter von 15 und 17 Jahren hatten wohl keinen anderen Ausweg mehr gesehen, als sich wochenlang in die Abhängigkeit ihrer Schleuser zu begeben. Am gestrigen Sonntag hat die Rosenheimer Bundespolizei die alleinreisenden Minderjährigen im Rahmen der Grenzkontrollen auf der Inntalautobahn in Gewahrsam nehmen können.

Die vier jungen Somalierinnen wiesen sich in einem Fernreisebus mit italienischen Kennzeichen in der Kontrollstelle auf Höhe Kiefersfelden mit finnischen, dänischen, belgischen beziehungsweise schweizerischen Pässen aus. Den Bundespolizisten entging nicht, dass es sich bei den vorgezeigten Dokumenten um Fälschungen handelte. Damit war die Busreise der Vier beendet. Sie wurden zur Bundespolizeiinspektion nach Rosenheim gebracht. Dort offenbarten sie unabhängig voneinander die erschreckenden

Hintergründe ihrer Flucht: In der Heimat hätte ihnen und ihren Familien die Terrororganisation Al-Shabab zugesetzt. Sie sollten Koranschulen besuchen und zwangsweise mit fremden Männern verheiratet werden. Eines der Mädchen berichtete, dass sie zusammen mit ihrer Schwester sogar entführt worden sei, um die Zwangsheirat gewaltsam durchzusetzen. Im Rahmen der Entführung sei die Schwester ums Leben gekommen.

Nach ersten Erkenntnissen der Bundespolizei zahlten die Verwandten der Minderjährigen bis zu 8.000 Dollar für die Schleusungen, die in mehreren Etappen absolviert wurden. Die Route soll über die Türkei, Griechenland und Italien bis nach Deutschland geführt haben. Den Geschleusten zufolge, wären sie bis Italien von verschiedenen Schleusern begleitet worden. Eine Jugendliche berichtete, dass sie von einem der Schlepper geschlagen worden sei. In Rom hätten sie dann nach eigenen Angaben die falschen Pässe und die Busfahrkarten erhalten. Hierfür hätten sie zwischen 150 und 500 Euro zahlen müssen.

Die Bundespolizei in Rosenheim hat insbesondere wegen der von den Schleusern ausgehändigten Fälschungen die Ermittlungen aufgenommen. Alle vier Somalierinnen wurden der Obhut des Jugendamtes anvertraut.